

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruck Dresden.
Verlagspreis-Gemeinschaft: 28 241.
Nur in Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Dezember 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung (im Haus 1.50 Mk., sonst 2.00 Mk.) für einen Monat, Dezember 3 Monate ohne Postzustellungsgebühr.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 10 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Zeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Oberstange 10 Pfg., Zusatztage 50 Pfg., Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.

Druck u. Verlag von Jepsch & Reichardt in Dresden.
Vollständig-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit drücklicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unberechtigter Nachdruck wird nicht aufbewahrt.

Elegante Damen - Taschen
Neueste Modelle
In reichhaltigster Auswahl
Ausserordentlich Preise

Adolf Häter

26 Prager Straße 26

Bestes Spezial-Haus für Lederwaren und Reiseartikel

Modernes Reise-Gepäck
Handkoffer
Bahnkoffer / Schrankkoffer
In erstklassiger Verarbeitung

Kein deutscher Vorkrieg in Genf.

Deutschlands klare Ablehnung einer periodischen oder dauernden Kontrolle.

Neue Bemühungen um die Große Koalition. — Die Polemkin-Interpellation im Reichstag. — Der südtiroler Hochverratsprozess.

Stresemanns Abreise nach Genf am Freitag.

Berlin, 1. Dezember. Reichsaußenminister Dr. Stresemann dürfte sich am Freitagabend von Berlin nach Genf zur Teilnahme an den Sitzungen des Völkerbundesrates begeben. Die in den letzten Tagen mehrfach erörterte Frage, ob Deutschland in der kommenden Ratssitzung den Vorkrieg führen wird, nachdem es darauf für den kurzen Rest der Septembertagung zugunsten Venedig verzichtet hatte, scheint nunmehr dahin gelöst, daß deutscherseits aus diesmal von der Übernahme des Vorkrieges abgesehen und dieser dem beläufigen Außenminister Bamberger angetragen werden wird. Die Gründe dafür, warum Deutschland auf den Ratsvorkrieg verzichtet, liegen nicht nur darin, daß es ihm lieber wäre, im März des nächsten Jahres, wenn in Berlin eine Ratstagung abgehalten würde, den Vorkrieg zu führen, sondern auch darin, daß es Deutschland ablieht, angesichts der noch völlig ungeklärten Fragen der Rheinlandbesetzung und der Militärkontrolle und der darin liegenden Herabminderung der Deutschland ausgedehnten Gleichberechtigung als Ratssitzung den Vorkrieg zu führen. Im übrigen dürfte die Dauer der Tagung des Völkerbundesrates verhältnismäßig

kurz sein. Man rechnet damit, daß sie bereits nach vier Tagen, also schon am 10. Dezember etwa, ihr Ende erreichen würde.

Die Frage, ob Mussolini zu einer Besprechung mit den drei Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Englands nach Genf kommen wird, scheint schon jetzt sich mit Bestimmtheit verneinen zu lassen. Sollte eine Unterredung Mussolinis mit den Außenministern Englands, Frankreichs und Deutschlands doch zustande kommen, so dürfte sie zweifellos in unmittelbarer Nähe der Grenze stattfinden, und zweifellos noch nicht einmal einen Tag in Anspruch nehmen. Zu den Genfer Tagungen verfügt für Italien neben dem ständigen Ratssdelegierten Scialoja der Unterstaatssekretär Grandi zu erscheinen, der in außenpolitischen Fragen Mussolinis rechte Hand ist. Er steht, während er in Genf weilt, ständig in unmittelbarer Fühlung mit Mussolini und kann auf diese Weise den übrigen Außenministern auch während der Besprechungen jeweils Mussolinis Auffassung übermitteln.

Der neue deutsche Untergeneralsekretär in Genf.

(Durch Auslieferung.)
Genf, 1. Dez. Der deutsche Untergeneralsekretär im Völkerbund, Gesandter Dufour-Féronce, ist heute, von London kommend, in Genf eingetroffen. (W.F.B.)

Konsumfinanzierung.

Man hat den Stein der Weisen gefunden. Natürlich — seit einiger Zeit schon — in Amerika. Nun wird aber auch Deutschland mit einem neuen Abzahlungssystem beglückt, das dem Einzelhandel oder eigentlich dem Kunden Abzahlungsgeschäfte ermöglichen soll, indem zwischen Verbraucher und Verkäufer rein bankmäßig aufgezogene Kundenkreditgenossenschaften eingeschoben werden, die den Käuferkredit finanzieren. Das mag an sich ein erwägenswerter Gedanke sein. Denn Abzahlungsgeschäfte hat es immer gegeben und wird es immer geben, zumal wenn die Kaufkraft der Massen derart geschwächt ist wie im deutschen Volke. Es gibt notwendige größere Anschaffungen, die ohne Gefahr auf Anzahlung gemacht werden können, wenn es sich um Gegenstände handelt, die lange im Gebrauch verhalten und in deren Besitz der Käufer viel zu spät kommen würde, wenn er erst die ganze Summe sparen mußte. Ganz besonders im Möbelhandel ist deswegen das Abzahlungsgeschäft weit verbreitet. Und mancher Verkäufer würde es begrüßen, wenn ihm die Sorge der Finanzierung des Abzahlungsgeschäfts und des Risikos abgenommen würde. Es fragt sich nur, ob die neuen Kundenkreditgesellschaften diese Aufgaben in einer Weise erfüllen können, die ohne Gefahr für die weitere Entwicklung des deutschen Geschäftsverkehrs und auch für die gesamte Volkswirtschaft bleiben können. Vor allen Dingen aber auch, ob sich die großen Hoffnungen und Erwartungen rechtfertigen können, die vielfach an diese neuen Institute geknüpft werden. Ein sehr ernstes Bedenken muß vorweg genommen werden: Der Anstoß zu der ganzen Entwicklung kam durch ausländisches Kapital. Es war hauptsächlich schweizerisches Kapital, das die Kaufkraft G. m. b. H. ins Leben rief, und amerikanisches Kapital, das die „Citag“ als eine Zweigstelle des Commercial Investment Trusts begründete. Bedeutsam die dritte große Gesellschaft, die Kundenkredit G. m. b. H., die der deutsche Einzelhandel geschaffen hat, arbeitet, wie auch kleinere sachverständliche und Betriebsgründungen, mit deutschem Kapital. Im allgemeinen soll nun die Finanzierung des Kundenkredits dadurch vor sich gehen, daß kreditfähigen Verbrauchern von den Kapitalgesellschaften Kaufkredite zur Verfügung gestellt werden, die in der Weise verzinst werden, daß die Rückzahlungssumme um den Zinsbetrag erhöht wird. Man rechnet im allgemeinen mit einer tatsächlichen Verzinsung von etwa 12 Prozent. Mit Hilfe von Schwedts besorgt der Kunde dann in den einzelnen dem System angeschlossenen Geschäften seine Einkäufe, wobei aber der Verkäufer noch eine Provision von 5 bis 7 Prozent an die Kreditbank abzuführen hat, gewissermaßen als Entgelt für die Zuführung von Kunden. Und das ist nun von diesem neuen Zwischenglied im Warenverkehr zu erwarten? Der Einzelhandel weiß gewiß mit Recht darauf hin, daß er bisher an der Neubelebung der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur noch so gut wie gar nicht teilgenommen habe, da eine Stärkung der Kaufkraft der letzten Abnehmer noch nicht eingetreten sei. Wenn man sich nun aber von der Konsumfinanzierung einen neuen Auftrieb der Wirtschaft, eine Anturbelung mit dauernder Steigerung des Absatzes und damit sogar eine Erhöhung der Produktion verspricht, so übersteht man dabei völlig die eine Tatsache, daß auch die bestaufgezogene Konsumfinanzierung kein neues Einkommen schafft und daß es sich, wie die Dinge liegen, nur um die Verweigerung künftiger Einkommenseinlagen handelt. Sie wird sich in erster Linie zugunsten des Absatzes von Gegenständen mit längerer Verwendungsdauer auswirken und insofern nur eine Verschiebung auf dem Warenmarkt, im ganzen aber keine dauernde Absatzsteigerung bedeuten, als der Verbraucher gezwungen ist, die Ausgaben auf anderen Gebieten — vermutlich an Lebensmitteln — wieder einzusparen. Man braucht bei dem ganzen Plan nicht so sehr auf die Verlockung für den Konsumenten hinzuweisen, sich in Schulden zu stürzen, und zu erwägen, daß er sich monatlangem ärgsten Schwierigkeiten aussetzt und in härteste finanzielle Abhängigkeit gerät. Die Gefahr liegt zweifellos vor, aber schließlich ist es Sache des Verantwortungsbediensteten des einzelnen, wie weit er Verbindlichkeiten eingehen kann, und letzten Endes wird auch ein Konsumkredit nicht ohne genaue Prüfung der finanziellen Unterlagen gegeben werden können. Wohl aber wird man

Der Völkerbund in Konfliktfällen.

Die Eröffnungsitzung des Ratsskomitees.

Genf, 1. Dez. Das Ratsskomitee des Völkerbundes hat in seiner heutigen ersten Nachmittagsitzung zunächst den Bericht des Generalsekretärs beraten. Es wurde eine Unterscheidung zwischen außerordentlicher Enderufung des Völkerbundesrates in Krisenzeit und einer solchen zu gewöhnlichen Zeiten festgesetzt. Die Beurteilung, ob eine Krise vorliegt, soll dem Generalsekretär des Völkerbundes überlassen bleiben. Man beschließt vor allem, eine allgemeine Atmosphäre dafür zu schaffen, daß bei Kriegsgefahr alle Mittel und Maßnahmen von Artikel 15 und 16 des Völkerbundespaktes in Kraft treten. Der französische Delegierte Paul Boncour erklärte heute abend Pressevertretern, das Ziel der Beratungen des Ratsskomitees sei, eine Mobilisierung gegen den Krieg zu schaffen, sowie das Inkrafttreten sämtlicher Rechte und Mittel des Generalsekretärs des Völkerbundes zu ermöglichen, die sich für diesen aus dem Artikel 11 des Paktes ergeben.

Das finnländische Memorandum zu Artikel 16.

Genf, 1. Dez. Das Völkerbundssekretariat veröffentlichte heute das Memorandum der finnländischen Regierung vom 5. Juni 1926, das dem heute zusammengetretenen Ratsskomitee vorliegt. Das finnländische Memorandum enthält, ebenso wie die französischen und polnischen Vorschläge, den Antrag auf Verschleppung der in Artikel 16 des Völkerbundespaktes vorgesehene Sanktionsmaßnahmen bei Kriegsgefahr. In dem Memorandum wird darauf hingewiesen, daß eine Reihe kleinerer Staaten, die über keine eigene Waffenfabrikation verfügen, in Friedenszeiten sehr umfangreiche finanzielle Mittel bereithalten müßten, um bei Kriegsgefahr sofort zum Ankauf der notwendigen technischen Kriegsmittel zu schreiten. Sie überschreite jedoch die finanziellen Möglichkeiten der meisten der kleinen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes. Die finnländische Delegation beantragt daher, daß der Völkerbund den Völkerbundsrat ermächtigen soll, bei Kriegsgefahr den angegriffenen Staat sofort mit weitgehenden finanziellen Mitteln zu unterstützen, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, an dem die allgemeinen Maßnahmen des Artikels 16 des Völkerbundes in Kraft treten sind.

Pariser Kritik an Briand.

Paris, 1. Dez. Briands Rede findet, wie bereits hervorgehoben, im allgemeinen hier keine gute Presse. Uneingedenk ist dies von den nationalistischen Draußen, die, wie heute der „Intransigeant“, feststellen, daß Briand pro como gesprochen habe. Die Mehrheit des Landes, so behauptet das Blatt, misstraut dem anaesthetischen Außenminister Deutschlands, von dem man bis jetzt nur negative Beweise erhalten habe. Man müsse deshalb einen Frieden mit allen Vorkriegsmaßnahmen und Garantien erstreben. Ähnlich stellt das „Journal des Debats“ fest, daß Briand zahlreiche Abgeordnete enttäuscht habe. Eine bessere Rensur wird der geistigen Rede Briands in der Kammer vom „Temps“ erteilt, der die Rede des Außenministers als eine Vorkriegs-

über den Genfer Beratungen bezeichnet. Es bleibe aber noch die Frage offen, wie man am besten einen dauerhaften Frieden verwirklichen könne, wenn die anderen Regierungen und Völker nicht im gleichen Geiste wie Frankreich handelten. Nur wenn Deutschland abgerichtet habe, könne sich binnen kurzem die Annäherung vollziehen.

Berliner Pressestimmen zur Rede Briands.

Berlin, 1. Dez. Obwohl der offizielle Wortlaut der gelesenen Rede Briands noch nicht vorliegt, wird die Rede nach den vorliegenden Berichten im allgemeinen günstig beurteilt. Die „Tägliche Rundschau“ faßt sie dahin zusammen, daß Briand seinen ehrlichen Willen zum Frieden und zum Ausgleich betone. Ueber die Art, in der dieser Wille in die Tat umzusetzen sei, befänden jedoch noch Differenzen. Diese müßten beseitigt werden und könnten beseitigt werden, wenn der Wille dazu überall in Frankreich in dem Maße vorhanden sei, wie bei uns in Deutschland. — Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, es sei für uns nebensächlich, daß der Ton der Briand-Rede im ganzen rubriciert, verhältnismäßig oder abgemäßigter Art sei, was wir in den letzten Wochen von der französischen Presse gemöhnt waren. Für uns bleibe entscheidend, daß die Gesamtlinie der französischen Politik sich nicht mit den Friedensbestrebungen Briands decke. Solange das aber der Fall sei, wüste man auch den schönsten Worten des französischen Außenministers mit schärfstem, immer wachsendem Mißtrauen gegenüberstehen. — Die „Kreuzzeitung“ laßt Briands Rede gelte, wie selbst in den wenigstens einigermaßen verständigungswilligen Kreisen Frankreichs die Situation völlig verkannt werde. Frankreich wolle Frieden und Verständigung eben nur auf Kosten und unter Vergewaltigung Deutschlands, ohne selbst Opfer zu bringen. — Die „Vossische Zeitung“ schreibt, die Rede habe neuerlich erwiesen, daß Briand an den Grundlinien von Locarno wie von Trianon festhalte. Siehe man aus der Rede die politische Bilanz, so ergebe sich, daß die Gesamtlösung der deutsch-französischen Fragen noch eine Weile auf sich warten lasse, daß aber in der akuten, jetzt zur Diskussion stehenden Frage der Militärkontrolle auch von Briand eine möglichst rasche Verständigung erstrebt werde. — Das „Berliner Tageblatt“ verkennt nicht die außerordentlichen Schwierigkeiten, zwischen denen sich Briand bewegt. Wenn er versichere: „Reun Reunet aller Wünsche Deutschlands“ seien erfüllt, so verkenne er nicht wenig die Tatsachen. Es wäre falsch, eine Politik, die dauerhaft sein soll, auf Illusionen aufzubauen.

Die „Germania“ erklärt über den Standpunkt Deutschlands in der Investitionsfrage, daß dieser heute noch unverändert derselbe ist, wie er in dem Memorandum der deutschen Regierung vom Januar zum Ausdruck gebracht worden ist. Wir glauben, so fährt das Blatt fort, die Stimmung in den maßgebenden Kreisen, keineswegs nur in der deutschen Regierung, sondern insbesondere auch im Reichstage und im deutschen Volke hinsichtlich zu kennen, um sagen zu können, daß ein Nachgeben für Deutschland in diesen Dingen un-diskutabel ist. Es wäre ein viel geringeres Uebel, Dr. Stresemann unverrichteter Dinge aus der Schweiz zurückkehren zu sehen, als auch nur einen Roll von diesem Standpunkt zurückzuweichen.